



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 71. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JH(2)/071/2009)

- Sondersitzung -

am Donnerstag, 26.11.2009,

17:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Festsaal,
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
19:15 Uhr

Ende der Sitzung:

Anwesend:

Vorsitzender

Tilo Kießling

CDU-Fraktion

Silke Schöps
Patrick Schreiber

Mitglieder

Monika Aigner
Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Thomas Engel
Tobias Heinemann
Thomas Müller
Rainer Pietrusky
Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Wolfgang Bec
Sabine Bibas
Angelika Fischer
Christina Koch
Claus Lippmann
Jens Raubach
Martin Seidel
Kristina Winkler
Georg Zimmermann

Stellvertretende Mitglieder

Peter Berauer
Sabine Friedel
Dorothee Hinze
Stephan Kühn
Markus Steindecker

Vertretung für Herrn Jens Genschmar
Vertretung für Herrn Thomas Blümel
Vertretung für Herrn Markus Degenkolb
Vertretung für Herrn Jens Hoffsommer

Abwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Thomas Blümel

FDP-Fraktion

Jens Genschmar

beratende Mitglieder

Dirk Bachmann
Markus Degenkolb
Valentina Marcenaro
Roland Wirlitsch
Thomas Wünsche

Verwaltung:

Herr Tostmann	Abteilungsleiter Stadtratsangelegenheiten
Frau Jagdschian	Abteilung Stadtratsangelegenheiten
Frau Zimmermann	Jugendamt
Frau Hipke	Jugendamt
Herr Pabst	Jugendamt
Frau Hedrich	Jugendamt
Frau Greif	Jugendamt
Frau Haase	Geschäftsbereich Soziales

Gäste:

Ria Hübschmanne	Jugendh. Prohlis-VSP e. V.
Tina Walewski	Kinderschutzbund Dresden

Manuela Kunz	Kinderschutzbund Dresden
Marie-Luise Baldin	Kinderschutzbund Dresden
Katrin Baumgart	VSP Kinder und Familientreff Mosaik
Sabrina Brestrich	VSP Kinder und Familientreff Mosaik
Sandra Jäpel	Mobile Jugendarbeit Dresden Süd e. V.
Antje Skupin	Mobile Jugendarbeit Dresden Süd e. V.
Susann Birnbaum	Mobile Arbeit Friedrichstadt Outlaw gGmbH
Alina Schlosser	Roter Baum e. V.
Anja Stephan	Roter Baum e. V.
Hannah May	Citystreetwork Dresden
Dr. Jinah Hussein	Citystreetwork Dresden
Ronny Taube	Treberhilfe Dresden e. V.
Anke Lietzmann	Conni e. V.

Es konnte leider nur ein geringer Teil der Gäste erfasst werden, da sich nicht alle in die Anwesenheitsliste eingetragen haben. Die Plätze im Festsaal waren alle belegt.

Schriftführerin

Sindy Gebhardt

|

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Informationen der Verwaltung zum Thema Zukunft der aufsuchenden Arbeit in Dresden und anschließende Diskussion**

- 2 Informationen der Verwaltung zur zukünftigen Förderstrategie und anschließende Diskussion**

öffentlich

Herr **Kießling** eröffnet die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses in der Besetzung der stimmberechtigten Mitglieder der Wahlperiode 2004 – 2009 und der beratenden Mitglieder der Wahlperiode 2009 2014. Er begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die Gäste. Beschlussfähigkeit ist hergestellt. Zur Sitzung wurde frist- und formgemäß eingeladen.

Vor Beginn der darauffolgenden regulären Sitzung werde eine Pause eingelegt, teilt Herr Kießling mit.

Zum Tagesordnungspunkt 1 beantragt Herr **Engel** Rederecht für die Vertreter der AG Streetwork – Herrn Seipelt und Herrn Fitzke.

Herr **Heinemann** beantragt zum Tagesordnungspunkt 2 Rederecht für einen Sprecher der FachAG Offene Kinder- und Jugendarbeit – Herrn Markmann.

Den Anträgen zum Rederecht wird zugestimmt (12/0/0).

Die Tagesordnung wird bestätigt.

1 Informationen der Verwaltung zum Thema Zukunft der aufsuchenden Arbeit in Dresden und anschließende Diskussion

Herr **Bürgermeister Seidel** informiert zum Thema Zukunft der aufsuchenden Arbeit in Dresden. Er bedauert, dass die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses bis jetzt noch keine schriftlichen Informationen seitens der Verwaltung erhalten haben.

Die in Tagesordnungspunkt 2 vorgestellte Präsentation von Herrn Lippmann werde der Niederschrift beigelegt, gibt Herr Bürgermeister Seidel bekannt.

Derzeit gäbe es im Bereich der aufsuchenden Arbeit – kommunale Streetworker - 9 Stellen. Im Bereich der freien Träger seien es 23 Stellen. Herr Bürgermeister Seidel konstatiert, dass die 9 kommunalen Stellen organisatorisch und schrittweise (zum 01.12.2009 und 01.01.2010) neu an den ASD angebunden werden sollen. Die Streetworker werden aber weiterhin ihre derzeitigen Aufgaben vollumfänglich ausüben. Es sei eine Anbindung von 6 der 9 Stellen an den ASD vorgesehen. Die restlichen 3 Stellen sollen ab dem Jahr 2010 an die freien Träger überführt werden, sodass sich die Anzahl der Streetworker in freier Trägerschaft von 23 auf 26 erhöhe.

Herr Bürgermeister Seidel bringt weiterhin zum Ausdruck, dass mit Hilfe der AG Streetwork sowie des Unterausschusses Jugendhilfeplanung eine inhaltliche Überarbeitung der Stellenbeschreibungen des ASD bis zum 30.06.2010 erfolge. Ziel für eine bessere Zusammenarbeit sei, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD künftig auch aufsuchende soziale Arbeit durchführen können. Er stellt klar, dass es in dieser Zeit keine Einschränkungen des Streetworkangebotes in Dresden geben werde.

Abschließend appelliert Herr Bürgermeister Seidel sowohl an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses als auch an die Mitglieder der AG Streetwork, die Umsetzung dieses Prozesses zu begleiten.

Herr **Stadtrat Kießling** dankt für die Ausführungen und übergibt das Wort an die Vertreter der AG Streetwork.

Herr **Seipelt** stellt heraus, dass die AG Streetwork am 05.11.2009 seitens des Jugendamtes darüber informiert wurde, dass die Auflösung der kommunalen Streetworker geplant sei. Er weist auf das Positionspapier der FachAG hin.

Die Worte von Herrn Bürgermeister Seidel und Herrn Seipelt aufgreifend erläutert Herr **Fitzke** das Modell. Die AG Streetwork sehe Schwierigkeiten dahingehend, dass die späteren ASD-Mitarbeiter durch die Änderung der Stellenbeschreibung zum einen im Arbeitsfeld Streetwork und zum anderen aber auch im Rahmen des ASD tätig sind. Dieser Rollenkonflikt schade dem Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen. Dadurch könne ebenso das Arbeitsfeld Streetwork in Verruf geraten und als Folge dessen verliere man möglicherweise die Verbindung zu den Jugendlichen.

Des Weiteren seien die Arbeitsfelder Streetwork und ASD grundverschieden, bis auf einige wenige Gemeinsamkeiten, führt Herr Fitzke abschließend aus. Er sei dennoch positiv auf die bevorstehenden Gespräche im Januar 2010 gestimmt.

Herr **Lippmann** ergänzt, dass die Gespräche zum Projekt mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stattgefunden haben und er ihnen nahe gelegt habe, die Veränderung auch in der AG Streetwork frühzeitig bekannt zu geben. Ebenso wurde der Personalrat informiert. Die Fachdiskussion zwischen der AG Streetwork und dem ASD stehe noch aus, werde aber im Januar 2010 erfolgen.

Er gibt Herrn Fitzke dahingehend Recht, dass die beiden Arbeitsfelder nicht identisch seien, aber dennoch sehe er Annäherungen und Überlappungen der Arbeitsansätze.

Darüber hinaus äußert sich Herr **Engel** verärgert über den Verlauf des Verfahrens. Da es sich um planerische Maßnahmen handelt, bedürfe es einer vorherigen Diskussion im Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Letztendlich wurde der Jugendhilfeausschuss erst durch die AG Streetwork über die Situation informiert.

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung habe sich in seiner letzten Sitzung mit der Thematik befasst, stellt Herr **Müller** klar. Doch ohne einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses könne seiner Meinung nach der Bereich nicht umstrukturiert werden.

Außerdem unterstützt er die Ansicht, dass sich die beiden Arbeitsfelder – ASD und Streetwork – sehr klar voneinander unterscheiden. Im Endeffekt sei für die Jugendlichen nicht von Interesse, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestellt sind, vermutet Herr Müller.

Herr **Steindecker** möchte noch weitere Informationen zu den von Herrn Bürgermeister Seidel genannten Änderungen der Stellenbeschreibungen.

Aus welcher Haushaltsstelle werden die 3 überführten Stellen in freie Trägerschaft finanziert, fragt Herr **Stolte**.

Herr **Heinemann** vertritt den Standpunkt, dass die Kooperation zwischen Streetwork und ASD in Dresden ausgezeichnet funktioniere.

Die Verfahrenskritik von Herrn Engel teilt Herr **Bürgermeister Seidel**. In Zukunft werde das Verfahren beachtet.

Zu den Stellenbeschreibungen verdeutlicht er nochmals, dass es mit den organisatorischen Anbindungen zum 01.12.2009 bzw. 01.01.2010 bei der bisherigen Tätigkeit der Streetworker bleibe, bis eine überarbeitete Stellenbeschreibung mit dem Ziel 01.07.2010 vorgenommen wurde.

Eingehend auf die Frage von Herrn Stolte antwortet Herr Bürgermeister Seidel, dass bei einer Überführung der 3 besagten Stellen die finanziellen Mittel 1:1 mit übertragen werden, sodass nirgendwo Kürzungen vorgenommen werden müssen.

Herr **Stadtrat Kühn** stellt die Frage, ob die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schriftlich über die Veränderungen in Kenntnis gesetzt wurden. Wann wurde der Personalrat informiert. Werde an dem aus der heutigen Diskussion hervorgehenden kritisierenden Verfahren festgehalten – d.h. erst organisatorische Veränderung und dann inhaltliche Diskussion – fragt Herr Stadtrat Kühn abschließend.

Wo sei der Unterschied, wenn die Streetworker vorerst in ihren Büros geblieben wären, hinterfragt Herr **Engel**.

Aufgrund zahlreicher Diskussionen, auch innerhalb der freien Träger, reicht er einen Antrag ein. Ziel sei, das Leistungsfeld im Bereich Streetwork nicht zu kürzen. Der Antrag wird von Herrn Stadtrat Kießling zur Kenntnis genommen.

Sich der Verfahrenskritik und der Intransparenz der Informationen anschließend konstatiert Herr **Stadtrat Kießling**, dass die erheblichen Änderungen im kommunalen Streetwork bereits seit Monaten bekannt seien. Er dankt der AG Streetwork für die ausgereichten Papiere, denn dadurch sei die Grundlage für eine Fachdiskussion geschaffen. Herr Stadtrat Kießling kritisiert die fehlenden schriftlichen Informationen seitens der Verwaltung.

Herr **Bürgermeister Seidel** stimmt der Kritik von Herrn Stadtrat Kießling vollumfänglich zu. Auf die Frage von Herrn Engel eingehend macht er abermals deutlich, dass keine Büroschließungen erfolgen werden.

Die ersten Abstimmungsgespräche mit Herrn Bürgermeister Seidel zur Anbindung der Streetworker an den ASD haben im September 2009 stattgefunden, teilt Herr **Lippmann** mit. Er wiederholt, dass der Personalrat frühzeitig in Kenntnis gesetzt wurde, denn ein Mitarbeiter aus dem Bereich Streetwork sei Mitglied im Personalrat. Die zu erarbeitende Arbeitsplatzbeschreibung solle innerhalb der 6 Monate in eine Stellenbeschreibung umgewandelt werden. Die Umsetzung des Personals sei Angelegenheit der betreffenden Personen und des öffentlichen Trägers, merkt Herr Lippmann an. Es werde davon ausgegangen, dass sich 1 bis 2 Mitarbeiter auf freiwillige Basis in den Bereich des ASD umsetzen lassen. Dies sei Voraussetzung dafür, dass die in freie Trägerschaft überführten 3 Stellen dann im ASD auf anderen freigewordenen Stellen tätig werden. Herr Lippmann führt abschließend aus, dass noch im Dezember 2009 die Umsetzung erfolgen solle und somit ab Januar 2010 das Geld zur Verfügung stehe.

In Beantwortung der Frage von Herrn Stadtrat Kühn zur Beibehaltung des Verfahrens erklärt Herr **Bürgermeister Seidel**, dass an dem Verfahren so festgehalten werde.

Der Dialog mit dem Personalrat erfolge grundsätzlich mündlich, antwortet Herr **Lippmann** auf die Anfrage von Herrn Stadtrat Kühn.

Herr Stadtrat **Kießling** fasst zum Abschluss des Tagesordnungspunktes das Ergebnis der Diskussion noch einmal zusammen und stellt fest, dass der Ausschuss seine Meinung relativ deutlich kundgetan habe.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

2 Informationen der Verwaltung zur zukünftigen Förderstrategie und anschließende Diskussion

Herr **Stadtrat Kießling** führt in die Thematik ein und bedauert es, dass jedes Jahr die Förderstrategien erst dann bekannt gegeben werden, wenn die Fördervorlage in Umlauf gebracht wurde. Dadurch bleibe wenig Zeit für eventuelle Änderungen der Vorlage.

Die Worte von Herrn Stadtrat Kießling aufgreifend stellt Herr **Lippmann** heraus, dass diese Kritik bereits Thema im letzten Unterausschuss Jugendhilfeplanung war und auch mit Beginn

des neuen Jahres erneut Diskussionsthema sein werde, um die Vorgehensweise zukünftig zu ändern.

Hierzu verdeutlicht Herr Lippmann weiterhin, dass die strategischen Vorlagen für die Entwicklung der Jugendhilfe in Dresden dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen. Im April/Mai 2010 steige man in die Planung der Förderung für 2011/2012 ein. Dabei sollen die strategischen Linien bereits im Vorfeld beschlossen werden, sodass dann der Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit der Verwaltung ein sogenanntes Förderkonzept abstimme. Aus diesem Konzept resultiere dann die eigentliche Beschlussvorlage zur Förderung, konstatiert Herr Lippmann. Dieser geänderten Verfahrensweise für die Förderung 2011/2012 stimme er optimistisch entgegen.

Zur besseren Verständigung erläutert und begründet Herr Lippmann nun das Konzept der Förderung 2010 anhand einer Power-Point-Präsentation.

Die Präsentation liegt der Niederschrift bei.

Er gibt unter anderem Auskunft zur Zeitplanung, präzisiert die Förderung 2009/2010, zeigt Vorschläge der Verwaltung für Zuwendungen auf, veranschaulicht die Förderstrategie und erläutert die geplanten Maßnahmen.

Herr **Stadtrat Kießling** dankt für die Ausführungen und übergibt das Wort an Herrn Markmann von der FachAG Offene Kinder- und Jugendarbeit.

Ziel sei es, mit Hilfe des Jugendhilfeausschusses, den jugendhilfeplanerischen Infrastrukturanpassungen entgegen zu treten, bringt Herr **Markmann** zum Ausdruck. Diese Einschränkungen der Jugendhilfeinfrastruktur gehe vor allem zu Lasten der Kinder und Jugendlichen aus bildungsferneren Milieus. Durch die Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit erfahren die Kinder Anerkennung, lernen aber auch Auseinandersetzungen kennen. Diese Dinge erleben sie sonst nicht in ausreichendem Maße.

Des Weiteren stellt Herr Markmann heraus, dass der Partizipationsgrundsatz nur unzureichend berücksichtigt werde. Die Vorgänge seien in hohem Maße intransparent und die Auswahlkriterien für die zu schließenden Projekten gänzlich unbekannt.

Herr Markmann schließt seine Ausführungen und macht deutlich, dass diese Art und Weise des Vorgehens die zukünftige Kooperation stark prägen werde, denn zu einer guten Zusammenarbeit gehöre auch Vertrauen.

Er appelliert an den Jugendhilfeausschuss, den Kürzungen entgegenzutreten und dankt für die Aufmerksamkeit.

Herr **Stadtrat Schreiber** fragt nach, welche Einrichtungen geschlossen werden sollen. Von der Verwaltung möchte er wissen, ob diese Schließungspläne so vorgesehen seien.

Das Jugendhaus Prohlis solle von konzeptionell gut aufgestellten Projekten übernommen werden, teilt Herr **Markmann** mit. Es sei bekannt gegeben worden, dass es insgesamt 5 Projekte treffe, die anderen 4 seien ihm namentlich aber nicht bekannt. Herr Markmann möchte auch auf nähere Ausführungen nicht eingehen.

Hierzu fordert Herr **Stadtrat Schreiber** die Verwaltung zur Stellungnahme auf.

Auf die Forderung von Herrn Stadtrat Schreiber eingehend stellt Herr **Bürgermeister Seidel** klar, dass es im nächsten Jahr keine Schließungen aus finanziellen Gründen gebe und bisher kenne er keine fachinhaltliche Argumentationen, die Schließungen im kommenden Jahr begründen.

Da es keine Schließungen aus finanziellen und fachlichen Gründen gäbe, stellt sich für Frau **Stadträtin Friedel** nun die Frage, ob noch andere Möglichkeiten vorliegen, die zu Schließungen führen können. Zur Präsentation von Herrn Lippmann wirft sie die Frage ein, warum zwischen Antragsschluss und Einbringung der Vorlage im Jugendhilfeausschuss 3,5 Monate liegen.

Aus der Präsentation von Herrn Lippmann hervorgehend äußert Herr **Heinemann**, dass ab 2010 Abschlagszahlungen geleistet werden. Er sei der Ansicht, dass dies die Verwaltung nicht einfach festlegen könne.

Aus diesem Grund bringt Herr Heinemann einen Antrag zur Abschlagszahlung ab 01.01.2010 ein.

Herr **Stadtrat Kießling** weist darauf hin, dass dieser Antrag heute nicht beschlossen werden könne. Die Verwaltung müsse eine Aussage treffen, ob Abschläge auch ohne Beschluss des Jugendhilfeausschusses gezahlt werden.

*Für diesen Fall, dass in der heutigen Sitzung die Problematik zur Abschlagszahlung nicht ausgeräumt werden kann, bringt Herr **Heinemann** einen zweiten Antrag für eine Sondersitzung vor Ablauf des Kalenderjahres 2009 zum Thema Abschlagszahlung ein.*

Herr Lippmann traf in seiner Präsentation Aussagen zur Ausweisung einer Mehrjahresförderung ab 2010, stellt Herr **Stadtrat Schreiber** fest. Ein Beschluss hierzu sei ihm aber nicht bekannt.

Grundsätzlich stehe die Ausweisung einer Mehrjahresförderung in der Verwaltungsordnung, stellt Herr **Stadtrat Kießling** klar. Von Bedeutung sei die Höhe der Mehrkosten, die in der geförderten Struktur entstehen und wie können diese gedeckt werden?

Eingehend auf die Anfrage von Frau Stadträtin Friedel zu anderen Möglichkeiten für Schließungen – außer finanzielle und fachliche – konstatiert Herr **Bürgermeister Seidel**, dass es keine weiteren Gründe gäbe, die zu Schließungen führen können. Wie bereits in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erläutert, wünschte der Jugendhilfeausschuss als Antragsschluss für die Fördervorlage den 31.08.2009, die Verwaltung wollte den 30.06.2009, stellt Herr Bürgermeister Seidel klar.

Zur Aussage von Herrn Heinemann zwecks der Abschlagszahlung bekräftigt Herr Bürgermeister Seidel nochmals, dass Abschläge auf Grundlage der Fördersumme 2009 geleistet werden.

Bezogen auf die Feststellung von Herrn Stadtrat Schreiber erklärt Herr **Lippmann**, dass es nur bis 2010 einen bestätigten Haushalt gäbe. Somit werde für den Haushalt 2011/2012 eine Option für die Mehrjahresförderung ausgewiesen, welche dann unter einen Haushaltsvorbehalt gestellt werde. Haushaltsrechtlich sei dies gar nicht anders möglich.

Herr **Stadtrat Schreiber** ergänzt zur Mehrjahresförderung, dass der Jugendhilfeausschuss beschlossen habe, dass die Förderung aller Einjahres- sowie Mehrjahresangebote zum 30.12.2009 abgeschlossen und ab 01.01.2010 neu beraten werde. Wozu sei dann der Beschluss, wenn das einzige Kriterium der Verwaltung für die Erstellung einer Fördervorlage die Verwaltungsvorschrift wäre? Einer Fördervorlage mit Ausweisung einer Mehrjahresförderung stimme Herr Stadtrat Schreiber definitiv nicht zu.

Diese Diskussion sei Aufgabe des Unterausschusses Jugendhilfeplanung, betont Herr **Stadtrat Kießling**.

Herr **Steindecker** kann nur schwer der Power-Point-Präsentation von Herrn Lippmann folgen. Für die Zukunft wünsche er sich Informationen in Papierform. Die geplante Zeitschiene für die Fördervorlage erachte Herr Steindecker außerdem als kritisch.

Auf die Aussagen von Herrn Stadtrat Schreiber eingehend hebt Herr **Heinemann** hervor, dass die Träger zumindest eine Planungssicherheit für das Jahr 2010 brauchen. Er erinnert an die Ablehnung eines Antrages des Jugendhilfeausschusses der Wahlperiode 2004 – 2009, in dem die Mehrjahresförderung beendet werden sollte, um ab 2010 in die Einjahresförderung überzugehen.

Herr **Lippmann** versichert, dass weder für die Träger noch für den öffentlichen Träger unnötige Risiken eingegangen werden.

Herr **Stadtrat Kießling** fasst abschließend zusammen, dass ab Januar 2010 Abschläge auf Basis der Förderung 2009 gezahlt werden. Herr Bürgermeister Seidel möge auf den weiteren Verlauf der Abschlagszahlungen Acht nehmen und sollte es verwaltungsrechtliche Schwierigkeiten geben, müsse dazu eine Sondersitzung einberufen werden. Herr Stadtrat Kießling bittet um schnellstmögliche Mitteilung zum Verfahren.

Zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes zitiert Herr Stadtrat Kießling die „Koblenzer Resolution für einen bedarfsorientierten Kinderschutz“ vom Landesjugendhilfeausschuss des Landesjugendamtes. Im Internet ist sie unter www.jedewoche3.de zu finden.

Weitere Anfragen/Diskussionsbeiträge werden nicht eingebracht. Herr Stadtrat Kießling schließt die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses um 19:15 Uhr.

Es wird eine Pause von 10 Minuten eingelegt und anschließend mit der regulären Sitzung fortgefahren.

Tilo Kießling
stellvertretender Vorsitzender

Sindy Gebhardt
Schriftführerin

Patrick Schreiber
Mitglied

Stephan Kühn
stellvertretendes Mitglied